

Im Kosovo setzt man auf den eigenen Staat

Wenn es nur ein wenig aufwärts ginge ...

Während die Politik ihre verstaubte Nationalstaatsidee verfolgt, bricht die kosovarische Gesellschaft mit der alten Zeit. Großfamilien zerfallen, kaum erschwingliche Waren ersetzen alte Wertigkeiten. Die demnächst mögliche Unabhängigkeit soll die Dinge wieder vereinen.

Von Dieter Fuchs, Cerrce

Lange galt den Kosovaren der ehemalige Militärflughafen von Pristina als Symbol der Unterdrückung durch Belgrad. Heute ist er eines der erfolgreichsten Wirtschaftsunternehmen auf dem westlichen Balkan. In den vergangenen Jahren stiegen die Fluggastzahlen um 75 Prozent auf nahezu eine Million Menschen im Jahr. Während der Feiertage ist der ehemalige Militärhangar voll mit Kosovaren aus Berlin, Stuttgart und New York, die ihre Familien besuchen. Der Preis des Erfolgs: die Landebahn versinkt wegen der schweren Passagierjets langsam im sumpfigen Boden des Amselfelds.

Der Weg nach Cerrce dauert noch einmal so lange wie der Flug aus Deutschland: fast zwei Stunden für 80 Kilometer über gewundene, schrundige Straßen. Während die Menschen in Pristina froh sind über den Regen, der den dreckigen, braungrauen Winternebel aus der Stadt vertreibt, kann Haki Haskaj dem nassen, kalten Wetter nichts abgewinnen. Er will sein Haus fertig bauen. Der Schneeregen bringt Dreck ins Haus, Feuchtigkeit ins frische Laminat. Doch trotz dieser Widrigkeiten und obwohl er sich keine Zentralheizung leisten kann, sondern nur einen Holzofen im Haus und keine Isolierung an den Außenwänden, ist er zufrieden. Er wird mit 41 Jahren sein eigenes Haus haben.

Haki Haskaj ist nicht der Einzige in Cerrce, dem es für kosovarische Verhältnisse noch gut geht. Die Familienvorstände des Dorfes legen seit Jahrzehnten Wert auf Bildung, und ein Drittel der 2000 hier gemeldeten Menschen lebt im Ausland. Aber auch in Cerrce geht es bergab – wie fast überall im Kosovo. Ein Drittel der Bewohner des Dorfes ist jünger als 16 Jahre. Bezahlte Arbeit, auch für gebildete Kosovaren, gibt es kaum, und die Zeit der Geldströme ist vorbei, weil viele, vor allem aus Deutschland, zurückkehren mussten. Haki Haskaj ist nach dem Krieg 1999 freiwillig wieder nach Cerrce gekommen. Jahrelang hat er in Deutschland und Österreich gearbeitet, er ging sogar für ein paar Monate nach New York. „Aber da habe ich es auch nicht ausgehalten. Die Leute erklärten mich für verrückt, so viel für ein Flugticket auszugeben und dann nicht zu bleiben. Doch hier ist meine Heimat.“

Vielleicht weil der kräftige, dunkelhaarige Mann noch Zuversicht ausstrahlt, ist er vor zwei Monaten zum Bürgermeister gewählt worden – was nicht viel bedeutet in einem Dorf, das eine Ansammlung von Gehöften entlang der Durchgangsstraße ist, zweieinhalb Kilometer lang. Seine Amtsgeschäfte erledigt Haskaj im Wohnzimmers, so gut es eben geht, wenn man mit 14 Menschen in einem Haus zusammenwohnt. Er lebt ein durchschnittliches Leben in einem durchschnittlichen Dorf im Kosovo. Genau dies war für die Nichtregierungsorganisation European Stability Initiative der Anlass, Cerrce statistisch zu durchleuchten. Ihr Ziel war es, mit Zahlen zu untermauern, wie sich die kosovarische Gesellschaft seit dem Krieg vor siebeneinhalb Jahren verändert hat.

Papiere gibt es für 2500 Euro

„Siebzig Prozent der Leute hier haben keine Arbeit“, erzählt Haki Haskaj. Vor allem für die jungen Leute sei das eine Katastrophe. „Die wollen alle weg, fast um jeden Preis.“ Wenige schaffen es legal, viele suchen andere Wege. „Für maximal 2500 Euro bekommt man Papiere und wird für den Sommer nach Italien gebracht. Dort gibt es Arbeit auf dem Bau.“ Wer es einmal geschafft hat, der hat genug Geld, um in der nächsten Saison die Schlepper wieder zu bezahlen. Manche verkaufen ihre Kuh oder das Auto. „Mehr als 20 Familien sind seit dem Krieg zurückgekommen, die meisten abgeschos-

ben“, sagt Haskaj. „Anfangs ging es ihnen gut, bis ihr Geld aufgebraucht war. Mein Cousin musste Ende 2000 zurück. Heute lebt er mit seiner Familie in einem Stall.“

Auch andere Familien in Cerrce hat es hart getroffen. Samjl Fejzaj ging als junger Mann 1970 auf die Anzeige einer Arbeitsvermittlung hin nach Stuttgart. Mit seinem Lohn konnte er Äcker und Weideflächen kaufen und seinen vier Söhnen die Ausbildung auf der Oberschule finanzieren. Doch keiner fand im Kosovo eine sichere Anstellung. Drei seiner Söhne gingen den Weg des Vaters. Einer bekam nach 13 Jahren in Deutschland 2002 einen festen Aufenthaltsstatus, der zweite heiratete 2001 eine Kosovo-Albanerin „mit Papieren“ in der Schweiz. Der dritte, Faik, reiste 1994 mit Hilfe von Menschenschmugglern nach Deutschland ein, wurde 2003 mit seiner Familie abgeschoben. Sein Vater war ein Jahr zuvor auf dem Weg zum Flughafen von Pristina gestorben. Faik erlag im Februar diesen Jahres mit 44 Jahren einem Infarkt. „Er hat das nicht verkraftet, zwei seiner vier Kinder waren in Deutschland geboren. Es war seine Heimat“, sagt der Bürgermeister.

Kindersegen und ein längeres Leben

Ärmere Gemeinden im Kosovo schicken ihre jungen Männer seit Generationen ins Ausland, früher nach Istanbul und Thessaloniki, später nach Belgrad und Zagreb und schließlich nach Stuttgart, ins Ruhrgebiet und nach Wien. Seit den fünfziger Jahren wächst die Bevölkerung in einem Maße, bei dem sie sich alle 40 Jahre verdoppeln würde. In Cerrce dauerte es bis in die Sechziger, bis das ehemalige Bauern- und Hirtendorf seine Bewohner nicht mehr ernähren konnte. Schon 1980 hatten die Menschen eine mehr als 20 Jahre längere Lebenserwartung als 1948, die Zahl der Kinder explodierte förmlich. Haki Haskajs Vater ging nach Deutschland, wo er 33 Jahre arbeitete und seine Familie nur in den Ferien sah. „Er hat oft gesagt, dass das kein Leben ist, aber er sah keinen anderen Weg“, sagt der Sohn.

Der Bevölkerungszuwachs in den Sechzigern, der Zusammenbruch des jugoslawischen Sozialismus in den Achtzigern, die Unterdrückung durch das serbische Regime in den neunziger Jahren trieben die Kosovaren in Massen fort. Mitte der neunziger Jahre sollen eine halbe Million im Ausland gelebt haben – ein Viertel der Bevölkerung. Heute spricht die Weltbank von 100 000.

Auch für Hakis Generation war es noch selbstverständlich, als junger Mann im Ausland zu arbeiten und das meiste Geld nach Hause zu schicken – alles für die Großfamilie. In diesem System regelt ein Hausvorstand die Dinge aller Familienmitglieder mit Hilfe einer Gemeinschaftskasse. Privateigentum ist auf ein Minimum beschränkt. In der Regel sind auch die verheirateten Söhne mit ihren Familien in diese Gemeinschaft integriert, die oft auseinander geht, wenn der Hausvorstand stirbt. Knapp ein Viertel der Menschen in Cerrce haben vor fünf Jahren noch in solchen Großfamilien gelebt, viele unter einem Dach. Doch diese Strukturen zerfallen. „Vor fünf Jahren hatten wir noch 300 Familien hier, heute sind es schon 400“, sagt der Bürgermeister. Hakis Cousin Sadik führte bis vor Kurzem die größte Familie in Cerrce: Sadiks Mutter, seine fünf Brüder, vier Ehefrauen und zwölf Kinder – alle unter einem Dach. Heute sind alle Brüder ausgezogen und haben eigene Haushalte gegründet. Auch Haki Haskaj ist ja nun dabei, seiner Familie ein eigenes Haus zu bauen, nachdem der Vater im Frühling gestorben ist.

Bis dahin wohnte Haki mit seinen Eltern, seinem Bruder, den zwei Ehefrauen und neun Kindern in einem Haus. Der Land seines Vaters, 1,4 Hektar, wurde zwischen den Brüdern aufgeteilt. Die Schwestern bekamen nichts, und auch die Söhne der Haskaj-Brüder werden leer ausgehen, denn die Grundstücke sind zu klein geworden, um sie nochmals zu teilen. Völlig normal bleibt es jedoch in Cerrce, so genannte Mahallas zu bilden. Alle, die direkt von einem Mann abstammen, bauen ihre Häuser dicht nebeneinander und bilden so eigene kleine Viertel, die bisweilen sogar umzäunt sind.



Noch vor dem alten Haus, bald im neuen Haus: Haki Haskaj mit Frau und Kindern

Foto Fuchs

Haki trauert den alten Zeiten nicht nach: „Heutzutage will jeder seinen Weg gehen, mit seiner Familie. Ich finde, das ist gut so. Und außerdem wurde es bei uns einfach zu eng.“ Auch die Verwandten, die jetzt noch im Ausland seien, wollten und müssten mehr auf sich selbst schauen als früher. Überall sei das Leben teurer geworden, und oft würden die Männer im Ausland Familien gründen. Spätestens dann ist es mit dem Geldtransfer für die alte Familie vorbei. Manchmal, meint Haki, werde es schon übertrieben, wenn die jungen Leute nur noch die neuesten Frisuren und das eigene Auto im Kopf haben. Aber wenn er abends in seiner kleinen Kneipe sitze, und die Jungen redeten stundenlang ausschließlich über Jobs, die jetzt unerreichbar für sie seien, tue ihm das im Herzen weh.

„Alles würde sich entspannen, wenn es nur ein wenig aufwärts ginge mit der Wirtschaft“, sagt Haki Haskaj – es würde die Wut und die Frustration der Jungen und die Unzufriedenheit der albanischen Bewohner dämpfen, was die Rückkehr der Minderheiten angehe. „Es sind schon sieben oder acht Ashkali-Familien zurückgekehrt an ihren alten Platz“, und auch die früheren serbischen Bewohner könnten wieder kommen, wenn es

nach ihm ginge. „Natürlich hat der Krieg eine Wunde geschlagen, die Zeit braucht zu heilen. Aber das wird geschehen.“ Doch nicht nur Haki Haskaj findet, dass die internationale Gemeinschaft ein bisschen vorsichtiger mit der Förderung der Minderheiten im Kosovo umgehen solle. „Denen werden nicht nur die Häuser, sondern auch noch die Möbel hingestellt. Wir mussten bei unserem Wiederaufbau damals sehr viel mehr selbst leisten. Und schließlich haben sie fast das gesamte Dorf zerstört, nachdem unsere Leute geflohen waren“, sagt der Bürgermeister.

Trotzdem glaubt Haki Haskaj an eine bessere Zukunft – wenn das Kosovo endlich ein eigener Staat wäre, was im Januar bei den UN zur Debatte steht. „Wir haben Bodenschätze, billige Arbeitskräfte, und es gibt noch viele reiche Kosovo-Albaner im Ausland, die investieren möchten, auch aus Cerrce. Doch sie fürchten die Unsicherheit.“ Einer habe vor Kurzem in Albanien eine Müllaufbereitungsanlage für 3,4 Millionen Euro gebaut, die hätte auch im Kosovo stehen können. „Ich hoffe sehr auf die Unabhängigkeit. Alles andere würden die Leute nicht akzeptieren. Wir haben zu viel investiert, zu viele Leben, zu viel Blut, zu viel Geld.“

Michel Hayek gilt seinen Verehrern als neuer Nostradamus

In eigener Sache bleibt die Zukunft völlig dunkel

Viele Libanesen schauen erwartungsvoll zu, wenn Michel Hayek traditionell am Silvesterabend auf den Fernsehschirmen erscheint. Der 39-Jährige will den Mord am ehemaligen libanesischen Regierungschef Rafik Hariri vorausgesagt haben.

Von Andrea Nüsse, Beirut

Michel Hayek will am Jahresende lieber schweigen. „Ich habe zu viele negative Dinge vorhergesagt“, sagt der kräftige Mann mit den dunklen Haaren und lehnt sich im Dubaya-Club in Beirut in seinem Sessel zurück. Er wirkt wie ein typischer Vertreter der maronitischen Oberschicht, die in dem edlen Club am Meer verkehrt. Hayek wird im Libanon als „neuer Nostradamus“ verehrt oder beschimpft, weil er angeblich in die Zukunft schauen kann. So hat er bei seinem Fernsehauftritt am Silvesterabend 2004 vorhergesagt, dass ein „großer Zwischenfall im Stadtzentrum Beiruts den Libanon erschüttern wird“. Sechs Wochen später wurde der Premier Rafik Hariri durch eine Bombe ermordet. Massendemonstrationen stürzten die syrische Regierung und erzwangen den Abzug der syrischen Armee aus dem Libanon.

Michel Hayek sagte bei seinem Fernsehauftritt 2004 auch die Ermordung des antisyrischen Abgeordneten Gibran Tuani voraus, der am 12. Dezember 2005 bei einem Anschlag starb. Der umstrittene Präsident Emile Lahoud, dem Hayek das gleiche Schicksal voraussagte, lebt aber noch immer und ist



Michel Hayek – im Libanon ein Star Foto Archiv

weiter im Amt. Aber das tut der Popularität und Glaubwürdigkeit des wortgewandten Hayek keinen Abbruch. Als im Dezember 2005 SMS-Nachrichten die Runde machten, Hayek habe neue Anschläge im wieder aufgebauten Stadtzentrum vorhergesagt, betrat kaum ein Libanese das Geschäftsviertel. Die

Tageszeitung „Al-Hayat“ titelte: „Michel Hayeks Vorhersagen haben das Herz Beiruts am helllichten Tag in eine Wüste verwandelt.“ Hayek versichert, er habe keine solche Vorhersage gemacht. Dennoch wollten Geschäftsleute ihn verklagen, weil sie Einbußen im Weihnachtsgeschäft fürchteten.

„Ich fühle Vibrationen und sehe Bilder“, sagt der Mann, der aus dem Ort Beit Schabab nördlich von Beirut stammt und mit einer Psychologiestudentin verlobt ist. Er vergleicht sich mit einem Radio, das Wellen empfangt. Schon als Kind habe er gespürt, dass er einen sechsten Sinn habe. So habe er Mitschülern, die ihre Brille oder Bücher verloren hatten, sagen können, wo sie diese liegen gelassen hatten. Doch in der Nonnenschule brachte ihm dies wenig Ruhm ein. „Man beschimpfte mich als Teufel.“ Heute hat Hayek das religiöse Establishment gegen sich. Der Islam lehrt, dass nur Gott Dinge aus der Zukunft verkünden kann. Theologen haben Fatwas, religiöse Rechtsgutachten, gegen Wahrsager erlassen. „Ich glaube an Gott“, sagt Hayek, um seine Kritiker zu besänftigen.

Andere kritisieren, dass viele Voraussagen sehr vage geblieben oder auch gar nicht eingetreten sind. Die Ermordung antisyrischer Politiker sei überdies eine Realität im Lande, die jedermann konstatieren könne. Dies räumt Hayek ein und betont, dass er nicht „à la carte die Zukunft lesen“ könne. Aber er verweist darauf, dass er sieben Tage vor der Explosion der Raumfähre Challenger 1986 den Unfall vorhergesagt habe. „Ich habe die Raumfähre in zwei Teile zerbrechen se-

hen, und die Menschen am Boden haben nicht geklatscht“, behauptet er. Die Informationen habe er an einen befreundeten arabischen Prinzen weitergegeben, der gute Kontakte nach Washington gehabt habe.

Auch den Tod von Lady Diana, die ihn dreimal zum Gespräch zu sich gebeten habe, will er vorhergesehen, aber nicht öffentlich verkündet haben. Und Hariri habe ihn zu sich bestellt und am Samstag vor seinem Tod einen neuen Termin für den nächsten Mittwoch ausgemacht. Doch da war er schon tot.

Wenn man Hayek glauben will, dann war sein jüngster Coup die Invasion Israels im Sommer 2006. „Ich habe einen langen schwarzen Tunnel und Kämpfe um Libanon herum gesehen, ein Dreieck aus Hisbollah, Blut und einer weiteren Partei“, sagt Hayek im Gespräch. In seinem Fernsehauftritt hatte er davon allerdings nicht gesprochen – „um die Menschen nicht zu verunsichern“.

Womit Hayek seinen Lebensunterhalt verdient, bleibt vage. Privatleute berät Hayek, der weder ein Büro noch einen Computer besitzt, in der Regel nicht. Ausnahmen sind einige Prinzen und deren Ehefrauen in den Golfländern, die Hayek regelmäßig einfliegen lassen. Und seit sieben Jahren berät er angeblich drei börsennotierte Firmen in den USA und Australien. Will er der Enge des Libanon entkommen? „Mein Ruhm bereitet mir Kopfzerbrechen, und ich habe Angst, dass ich Probleme bekomme“, sagt er. Vorhersagen für sein eigenes Leben kann Hayek nicht machen. Und dieses Jahr will er auch für sich behalten, was er für den Libanon sieht.

Beck bremst, Merkel drängt

Was geht noch?

Von Joachim Worthmann

Es ist ja nicht so, dass die große Koalition noch gar nichts zu Wege gebracht hätte. Einiges ist schon erreicht worden – von der Rente mit 67 über die Föderalismusreform, das Elterngeld bis zu den Eckpunkten der leidgehen Gesundheitsreform. Auch bei den Unternehmens- und Erbschaftsteuern tut sich etwas. Das ändert freilich nichts daran, dass auf dem Weg in die Zukunft noch weitere, auch schmerzhaftere Entscheidungen getroffen werden müssen, am besten in der Phase einer blühenden Konjunktur. Darum ist es fatal, dass SPD-Chef Kurt Beck zur Freude des linken Parteiflügels, aber sicher auch mancher Unionisten jetzt schon die Parole ausgibt, man sei mit dem Beschlossenen an der Grenze der Zumutbarkeit angekommen.

Diese Koalition ist in der Erwartung gewählt worden, sie werde sich mit ihren Mehrheiten zu großen Reformschritten aufraffen. Angela Merkel hat zwar als Kanzlerin nur kleine Schritte angekündigt, aber immerhin viele und vor allem konsequente. Nun hat sich ihr Partner aus Angst vor den Umfragen behände ins Bremserhäuschen geschwungen – drei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl. Angela Merkel sieht noch nicht einmal die Hälfte des Weges zurückgelegt. Beck fühlt sich bereits an dessen Ende. War der Reformprozess bisher schon mühsam genug, so droht nun der Stillstand, wenn Beck sich stur stellt. Dabei hat dieses Land schon einmal eine Politik der ruhigen Hand erlebt – das Ergebnis ist bekannt. Gewiss muss man in einer Demokratie die Menschen, wie es heutzutage heißt, mitnehmen. Verzicht auf Führung bedeutet das aber nicht. Nur wer beharrlich sein Konzept verfolgt, wird auf Dauer überzeugen. Das gilt freilich nur, wenn es ein Konzept gibt.

Troges Umweltforderungen

Finger in der Wunde

Von Andreas Geldner

Der Katalog zur Rettung von Klima, Umwelt, und Lungen, den der Präsident des Umweltbundesamts, Andreas Troge, aufblättert, hat es in sich: Tempolimit, höhere Maut, weniger übermotorisierte Autos, Kerosinsteuer und als Extrathema noch das Rauchverbot. Kein Wunder, dass die pawlowschen Reflexe vor allem beim Reizwort Tempolimit ausgezeichnet funktionieren. Die Reaktion der Automobilclubs auf den Vorschlag entbehrt allerdings nicht einer gewissen Komik. Das Tempolimit sei Unsinn, heißt es da – die Autos würden ja im Durchschnitt auf deutschen Autobahnen schon heute langsamer als Tempo 120 fahren. Bitte nichts begrenzen, weil diese Grenze sowieso meist unterschritten wird? Das ist messerscharfe Logik.

Dass unser globales Klima allmählich aus dem bisherigen Gleichgewicht kommt, wird immer mehr Menschen bewusst. Troge legt als Umweltlobbyist nur den Finger in die Wunde. Aus dieser Erkenntnis müssen Taten folgen, sonst ändert sich gar nichts. Natürlich kann man darüber streiten, ob nun ein Tempolimit wirklich den Kohlendioxidausstoß spürbar verringert. Es ist leider ein Reizthema – und deshalb ist es auch eine Art von Energieverschwendung, sich daran abzuarbeiten. Andere Schritte, etwa die Einführung einer Kerosinsteuer wenigstens in Europa, würden mehr bringen. Das Bewusstsein der Menschen beim Klimaschutz ist vermutlich schon viel weiter, als der rituelle Aufschrei der Lobbygruppen suggeriert. Das Beispiel Rauchverbot zeigt, wie sich das Bewusstsein bei bestimmten Themen allmählich wandelt. Eine – leider oft schwelgende – Mehrheit fordert an diesem Punkt inzwischen mehr Konsequenz als die ängstlich auf organisierte Interessengruppen schielende Politik.

UNTEN RECHTS

Geschafft

Von Roland Pichler

Geschwitzt haben sie, sie sind in den Amtsstuben auf und ab gelaufen und vermochten ihre Anspannung kaum zu verbergen. Man kann sich kaum vorstellen, unter welchem Druck die Ministerialbeamten in Berlin mitunter stehen. Die Nervosität war in den vergangenen Wochen vor allem den Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums ins Gesicht geschrieben. Jetzt können sie und der Minister Michael Glos endlich aufatmen. Kurz vor dem Jahreswechsel hat ihnen der neu eingerichtete Bürokratietiv bescheinigt, dass ein Gesetz aus dem Wirtschaftsressort die Prüfung bestanden hat. Die Freude des Parlamentarischen Staatssekretärs Hartmut Schauerte war daraufhin so groß, dass er von einem „Leuchtturmprojekt auf dem Gebiet des Bürokratietivs“ sprach. Richtig erleichtert können Glos und seine Berater sein, weil die unabhängigen Tester just ein Gesetz unter die Lupe nahmen, das dem Abbau von Vorschriften dienen soll. Dieses Regelwerk mit dem einprägsamen Titel „Zweites Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft“ führt völlig überraschend nicht dazu, dass Betriebe mehr Formulare ausfüllen oder zusätzliche Statistiken ausfüllen müssen. Das hat der Wirtschaftsminister nun amtlich.

Wer meint, das sei eine Selbstverständlichkeit, der kennt die Ministerialbürokratie nicht. Es hätte leicht passieren können, dass sich ein Gesetz zur Vereinfachung als das Gegenteil entpuppt. Schließlich müssen für den Bürokratietiv Regeln und Normen gelten. Die Beschäftigten des Statistischen Bundesamts wollen bald tausend Unternehmen besuchen und mit der Stoppuhr messen, wie viel Zeit auf Papierkram verloren geht. Und das ist erst der Anfang.